

Klassen, die das Budget unter. Der Antrag Blausung geprüft werden. Kommission wird im Sinne für die 2. Debatte an-

Lehrern wird eine Alters- und den Lehrern eine Währt, unter der Bedin- mittige Fähigkeitszeugnis ge wird alle 4 Jahre um r, bis zum Höchstbetrag 160 Fr. für die Lehrerein- tag von 640 Fr., erhöht. st zu Lasten der Staats-

rent Chaffot: Die Artikel eingehend beror- ch bemerken, daß in der imme laut wurde, zu ung der Nachprüfungen nitionales Fähigkeitszeug- on wäre, was Alters- e soweit gegangen wie tsangestellten, sie mußte , daß dies unmöglich halb einen Kompromiß- rag eine Erhöhung der 800 auf Fr. 1000 und 40, nach 20 Dienstjahren. dem Kantone Fr. 60,000 Fr. 1200 gehen, so macht 120,000 aus; eine solche- Budget nicht zu er- hnen den Antrag der

Müly: Bis anhin er- 3 Dienstjahren Fr. 50, und nach 15 Jahren Fr. h. der Kantone besäht e an Alterszulagen. Der imum von Fr. 800 für 40 für die Lehrerinnen ; dieser Alterszulagen um auf Fr. 230,000 we- mit der übrigen Besol- se Summe auf 400,000 e Belastung erträgt un- nd schließlich noch be- ntrag der Kommission- wärne Sie dafür, woi-

pretation der zählenden so erkläre ich hier, daß ore auch die Alterszulage in Anwendung kom- hier in keiner Weise die iteitszeugnisses; die eckung dieses Abgäni-

den Antrag den Lehrern den ersten 4 Jahren 200 Jahren 400 Fr. Alters- diese Fr. 1200 erreicht. Ansicht, daß der Artikel lerszulage von der Er- en Fähigkeitszeugnisses die Alterszulage nicht s Anerkennung der geistli-

Die Mehrausgaben, aninden infolge der Er- dungen auf sich nehmen Diese Lasten freieren. Es ist je- daß die Besoldung der anion eine geradezu Ge- antion Freiburg hat wer- fassen. Wir besitzen die n gute Mittelschulen. Die Primarschulen zu die Primarschulen zu rlassen sie im Gegenteil üflichen. Diese Unterstül- chedene soziale Besser- . Wir wollen keine Un- e stellen. Ich stelle den n nach je 4 Dienstjah- ge erhöht werden bis (m) erreicht. Die Alters- soll alle 4 Jahre rägt sie Fr. 1000 beträgt. einer Ansicht nach sollte chaffot: Freiburg ist sie noch verlangt. Ich ng des beim Einkauf

den Antrag das Na- de für die Lehrer auf hrerinnen auf Fr. 1000

der Lehramtskandidat einem Examen ab- eines Zeugnisses sein er Anstellung, so scheint überflüssig. Freiburg der diese Institution erachte sie für veraltet so mehr, als der Un- der Höhe ist.

Die Lehrerschaft muß den wie die übrigen Anstellung der Al- it nicht mehr als Hil- von Bern erhalten wird. Fr. 1200: die unferi- r. Bis anhin war die

Entföhrung der Primarlehrerschaft eine in je- der Hinsicht ungenügende, es ist nicht zu wun- dern, wenn die Summen, die jetzt ausgege- ben werden müssen, sehr groß sind. Ich unter- stütze den Antrag Grand und befürworte die Beilegung der Nachprüfung.

Dr. Frollet teilt ebenfalls diese Ansicht. Dr. Daquet: Die Nachprüfung, in der der junge Lehrer sein definitives Fähigkeits- zeugnis erwerben soll, ist notwendig. Viele Lehramtskandidaten sind erst 20 und die Kan- didatinnen erst 18 Jahre alt bei Erlangung des Lehramtes. Es ist ausgeschlossen, daß sie in solch jungen Jahren schon den notwendigen Grad der geistigen Reife erlangt haben. Viele bestehen die Lehramtsprüfung mittels einer enormen Gedächtnisleistung. Diese Tat- sachen beweisen mir, daß die Nachprüfung, welche die jungen Lehramtskandidaten zwingt, noch einmal und dies mit mehr innerer Reife und Verständnis den Lehrstoff durchzugehen, notwendig ist. Im übrigen ist die Erlangung dieses definitiven Zeugnisses nicht schwer. Mit Vergleichsmomenten kann hier nicht operiert werden. Wir können nur soweit gehen als die Finanzen es gestatten.

Dr. Foye: Ich unterstütze ebenfalls die Meinung, daß die Nachprüfung notwendig ist. In den Hochschulen müssen diejenigen, welche Professoren werden wollen, zuerst jahrelang Privatdozenten (ohne Gehalt) und außer- ordentliche Professoren sein, bis sie zu ordent- lichen Professoren ernannt werden. Warum sollten man nicht auch die Primarlehrer in einer letzten Prüfung davor, daß sie nun wirklich fähig sind, zu lehren?

Dr. Schorro: Aus mehreren Briefen, die ich von Lehrern erhalte, ist ersichtlich, daß sie sich hinangeht fühlen. Der Lehrberuf bringt viel Mühen und Sorgen mit sich und es ist nur billig, daß wir die Lehrer ihrer Arbeit entsprechend entschädigen. Die Ferien sind nicht geschaffen zum Nebenberuf, sondern zum Ausruhen.

Dr. Zimmermann verzichtet auf das Wort (vivant sequentes).

Dr. Finanzdirektor Müly: Die Erwerbung des definitiven Zeugnisses ist eine Notwendig- keit. Ein Lizentiat oder Doctor juris muß auch noch 18 Monate Praxis durchmachen, bevor er das Staatsexamen bestehen kann; ebenso der Mediziner, der mehrere Semester lang Klinik und Spital besuchen muß. Das Lehramt, welches die Kandidaten in Altemus erwerben, besteht sich nur auf theoretische Kenntnisse; die Nachprüfung dient vor allem dazu, den jungen Lehrern auf seine pädagogischen Kenntnisse zu prüfen. Der Vergleich mit andern Kantonen ist deshalb nicht stichhaltig, weil in den meisten als Aufnahmebedingung ins Lehramt die Absolvierung einer Sekundarschule verlangt wird; auch dauert in diesen Kantonen der Un- terricht am Lehrerseminar 5 Jahre.

Ich erkläre noch einmal, daß die Auszahlung der Alterszulage nicht abhängig gemacht wird von der Erlangung des definitiven Fähigkeits- zeugnisses.

Den Vorwurf, daß das neue Besoldungsge- setz die Lehrerschaft weniger begünstigt als die übrigen Staatsbeamten, weise ich zurück. Die Lehrerschaft erhält eine weit höhere Gehalts- aufbesserung als die übrigen Staatsangestell- ten; beträgt sie doch über 100%. Ein Land- schullehrer, der Fr. 3000 Gehalt, Fr. 1000 Alters- zulage bezieht, und dazu noch Wohnung, Gar- ten und Holz, ist besser gestellt als die 4 letzten Klassen der Staatsangestellten 5200—6400 Fr. sind der Revisor der Gemeinde, der Präsident des Kantonsarchivs und des Kantonsbiblio- thekars, der Direktor des Gewerbeamts, die Schulinspektoren und die Sekretäre des Ober- amtes des Saane- und Greizerbezirkes. Nicht wenige Staatsbeamte, die höhere Bildung und umfassendere Kenntnisse haben, sind weniger bezahlt als die Primarlehrer. Die Aufbesserung der Lehrgelälter beträgt bis 120%, die der übrigen Staatsangestellten hält sich zwischen 50—60%. Auch ist nicht zu vergessen, daß die Lehramtskandidaten außergewöhnlich billige Studien machen können; der Kanton gibt für das Lehramtsstudium jährlich Fr. 60,000 aus. An- dererseits kann der Lehrer ohne Schwierigkeit einen Nebenberuf ausüben, Organist, Gemein- de- oder Parochialprediger, was den andern Staats- angestellten unmöglich ist. Wir haben die For- derungen der Lehrer zu mehr als 80% erfüllt, für seine andere Klasse der Staatsangestellten sind wir soweit gegangen; noch weiteren For- derungen nachzugehen, ist unmöglich.

Dr. Chaffot, Kommissionsreferent: Ich teile die Ansichten der H. Müly und Daquet. Es besteht ein Unterschied zwischen den Lehr- ern und den übrigen Staatsangestellten. Der eigenartige Staatsangestellte ist das ganze Jahr angeheftet; er hat nur 14 Tage Ferien, wäh- rend die des Lehrers 3—4 Monate betragen. Der Landlehrer lebt in einem andern Milieu; ein Vergleich ist überhaupt nicht möglich. Wenn Sie der Forderungen der Lehrerschaft noch mehr entgegengehen, so sind sie gezwun- gen, die Ansprüche der übrigen Beamten eben- falls zu erhöhen. Ich beantrage namens der Kommission Ablehnung sämtlicher Gegen- anträge.

Abstimmung: Die H. Grand, Wolfhafer

und Comte ziehen ihre Anträge zu Gunsten des Antrages Bärtschli zurück; der Antrag Bärtschli macht 16 Stimmen. Der Antrag der Kommission und der Regierung wird mit großer Mehrheit angenommen.

Dr. Bärtschli: Da wir in der Abstim- mung unterlegen sind, so legen wir der Regie- rung nahe, für die 2. Lesung die Frage zu prüfen, ob es nicht möglich wäre, den Lehrern die Alterszulage von Fr. 1000 nach 16 Dienst- jahren auszusprechen.

Dr. Finanzdirektor Müly: Wir wollen diese Frage prüfen.

Motion Bärtschli. Die unterzeichneten Mitglieder des Großen Rates ersuchen den hohen Staatsrat, die Frage zu prüfen, ob es nicht zweckmäßig wäre, das Studium und den Bau einer Straßenbahn Freiburg-Lafers-Alterswil-Blasfelsen sofort in Angriff zu nehmen, um so die Möglichkeit zu schaffen, für den Bau der im Aussicht genom- menen Jähringerbrücke Material herbeizu- schaffen und um den Verkehr dieser Gegend zu fördern.

Sie ersuchen zugleich die hohe Regierung, bei Anlaß der Revision 1920 diesbezügliche Anträge zu unterbreiten.

Unterzeichnet ist die Motion von den H.: Bärtschli, Müller, Offner, Horner, Sturm, Jungo (Freiburg), Nappo, Perler, Jungo (Düdingen), Wolfshagen, Andrey, Rauber, Banderweid, Jurkinben (Düdingen), Schwarz, Blanchard, Reichlen.

Die Motion wird gemäß dem Reglement auf dem Büro niedergelegt.

Art. 8 und 9 des Besoldungsgesetzes Kap. II werden diskussionslos angenommen. Abtei- lung II des Kapitels behandelt die Sekundar- schulen.

Dr. Bärtschli verweist auf die Tat- sache, daß alle Bezirke eine Sekundarschule haben, nur der Senebezirk nicht. Die Errich- tung derselben ist notwendig und zwar hoffen wir auf eine Subvention des Kantons, da unsere Gemeinden die daraus resultierenden finanziellen Lasten nicht allein tragen können.

Dr. Blanchard fragt die Regierung an, ob sie geneigt sei, die Errichtung einer Sekundarschule im Senebezirk zu subventionieren.

Dr. Staatsrat Blyth anwortet, daß früher eine Sekundarschule bestand im Senebezirk und zwar in Düdingen. Als sie eingezogen wurde eine Regionalschule erricht. Wenn der Bezirk eine neue Sekundarschule er- richten will, so soll er dies der Regierung zur Kenntnis bringen. Diejenige Gemeinde, in der sie eingerichtet wird, stellt das Lokal zur Verfügung. Der Staatsbeitrag an die Bezah- lung der Lehrerschaft ist durch das Gesetz be- stimmt.

An der kurzen Debatte der folgenden Ar- tikel beteiligten sich die H. Wolfshagen, Müly, Chaffot, Gutknecht und Jove.

Schluss der Sitzung 12 Uhr 40. Tagesordnung für Donnerstag, den 18. De- zember: Weiterberatung des neuen Besol- dungsgesetzes, Kap. Lehrerseminar; Finanz- novellen; Revision der Verfassung; 2. Lesung des Gesetzesentwurfes betreffend den landwirt- schaftlichen Unterricht.

An die III. Gemeindebehörden des Senebezirks.

In seiner Sitzung vom 13. Dezember abhin hat der hohe Staatsrat den Beschluß gefaßt, daß in den Gemeinden, in welchen Seuchenfälle bestehen oder Häuser wegen Seuchengefahr ge- sperrt sind, der Wechsel der Dienstboten zu Weihnachten untersagt ist.

Die Gemeindebehörden wollen für die Ve- sanatmachung dieses Beschlusses sorgen und ihrem Fremdenbüro diesbezügliche Anwei- sungen geben. Das Oberamt Lafers.

Verbote.

(Mitg.) Der Staatsrat des Kantons Bern hat verboten die Einfuhr von Gemüse und ande- rer landwirtschaftlicher Produkte verboten, die von den Bahnhöfen von Sulz, Murten, Galmiz, Kerzers, Fräschels, Schmitten und Flamm herkommen. Ebenso ist es untersagt, Get- reide, Gemüse, Heu, Stroh, Dünger in den Kanton Neuenburg einzuführen.

Städtische Primar- und Sekundarschulen

(Mitg.) Durch Gemeinderatsbeschluß, der durch die Verteuerung und den Mangel des Brennmaterials begründet wird, bleiben die Primar- und Sekundarschulen der Stadt Freiburg von Samstag abend, den 20. Dezem- ber, bis Montag morgen, den 12. Januar, ge- schlossen.

Jubiläum des kaiserlichen Waisenhauses.

(Eing.) Nächsten Sonntag wird der 50. Ge- burtstag der Gründung des Waisenhauses ge- feiert.

Program: Um 11 Uhr Abmarsch vom Waisenhause; Festzug. Um 11 1/2 Uhr stille hl. Messe in der St. Nikolauskirche, Ansprache von H. P. Brody Effelau. Liedervorträge von Fr. Charlotte Galleh. Um 4 Uhr großes Kon- zert in der Gruetie. Um 6 1/2 Uhr familiäre Zusammenkunft im Waisenhause. In der St. Nikolauskirche sind Plätze reser- viert für die Behörden, die Ehrengäste und die Schüler des Waisenhauses.

Neueste Meldungen

Donnerstag, 6 Uhr morgens.

Vorarlberg bleibt bei Oesterreich.

Der Entscheid des Obersten Rates.

Paris, 17. Dez. ag. (Havas.) Obgleich die Reise von Staatskanzler Renner nach Frankreich nur die Besprechung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage Oesterreichs mit den Alliierten zum Ziele hatte, hielt es der Oberste Rat für angebracht, die Anwesenheit Renners in Paris zu benützen, um ihm die von den Alliierten gefaßten Beschlüsse inbezug auf das Vorarlberg und in einer allgemeinen Weise diejenigen hinsichtlich jeder Ab- gebung, die die territoriale Unversehrtheit Oesterreichs bedrohen könnte, zur Kenntnis zu bringen.

Infolge dessen wurde dem Staatskanzler der Republik Oesterreich folgendes Schreiben übergeben:

Paris, 17. Dez. Herr Kanzler! Die Auf- merksamkeit der alliierten und assoziierten Mächte wurde auf gewisse Umtriebe von ver- schiedenen Seiten, welche den Zusammenhang und selbst die territoriale Unversehrtheit der Re- publik Oesterreich bedrohen, gelenkt. Die Schritte, die vom Vorarlberger Landtag bei der Wiener Regierung wegen der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes dieser Provinz un- ternommen wurden, bedeu sich mit den Beve- rungen, welche darauf ausgehen, das Salzbur- gische und das Tirol in die wirtschaftliche Sphäre von Nachbarstaaten einzubeziehen, und ferner mit dem in dem ehemaligen Komiteen Bestimmungsbereich geführten Bestreben vor eine im Friedensvertrage nicht vorgesehene Volksab- stimmung herbeizuführen. Der Friedensver- trag schließt bekanntlich diese Gegend Oes- terreich an. Die alliierten und assoziierten Mächte nehmen den Standpunkt ein, daß wenn die aus- lösenden Kräfte an einem der angegebenen Punkte freigelegt hervorgehen würden, eine so herbeigeführte Trennung die vollständige Auf- lösung des österreichischen Staates und den Ruin des zentral-europäischen Gleichgewichtes herbeiführen müßte. Sie wünschen deshalb, daß kein Zweifel über ihren Willen, alle terri- torialen Bestimmungen des Friedensvertrages von St. Germain in ihrer ganzen Unversehr- heit aufrecht zu erhalten, und deren strikte An- wendung zu verfolgen, ausfomme.

In dieser Meinung hat der Oberste Rat heute folgenden Entschluß gefaßt und ist ent- schlossen, dessen Ausführung zu sichern: Die alliierten und assoziierten Mächte von dem Bunde Oesterreichs in- nerhalb der Grenzen, die ihm angewiesen wur- den, und entschlossen, den Verfügungen des Vertrages von St. Germain Nachachtung zu verschaffen, erklären, daß sie sich jedem Ver- such, der die territoriale Unversehrtheit Oesterreichs oder der im Gegenzug zu den Fest- legungen des Art. 88 des genannten Vertra- ges in irgend einer Art, sei es direkt, sei es indirekt, die politische und wirtschaftliche Unab- hängigkeit Oesterreichs gefährden könnte, ent- gegenstellen. Genehmigen Sie, Herr Kanz- ler, usw.

Der oberste Rat der Alliierten trat diesen Morgen unter dem Vorsitz von Jules Cambon im Ministerium des Aeußern zusammen. Cle- menceau war nicht zugegen. Bischoffter Su- gues Wallace vertrat die Vereinigten Staaten. Loucheur und Lehgues waren ebenfalls zuge- gen. Loucheur erteilte Aufschluß über seine Be- sprechungen mit Staatskanzler Renner über das langfristige Finanzprogramm, das angenom- men werden muß, um der Lage Oesterreichs zu begegnen. In diesen Bestimmungen muß die Mithilfe der Vereinigten Staaten vorgezogen werden. Man erwartet in dieser Sache die Zu- stimmung der amerikanischen Regierung.

Die Vorschläge der deutschen Delegierten.

Paris, 18. Dez. ag. (Havas.) Wir glau- ben zu wissen, daß die Vorschläge der deut- schen Delegierten dahingehen, daß die Menge des verlangten Gasenmaterials reduziert werde und daß gegenwärtig im Bau befind- liche Einheiten zu liefern seien, statt der im Protokoll vorgesehenen.

Paris, 18. Dez. ag. Die alliierten und deutschen Marinefachverständigen hielten heute morgen unter dem Vorsitz von Admiral Graffi eine weitere Sitzung ab. Die gefern von den deutschen Delegierten vorgelegten Angaben wur- den mit denjenigen der Alliierten verglichen. Am Nachmittag fand eine Sitzung der Repara- tionskommission statt, an welcher die alliierten und deutschen Marinefachverständigen teil- nahmen.

Für die Befreiung der Gefangenen.

Berlin, 18. Dez. ag. (Wolff.) Der Volk- bund zum Schutz der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen, die Reichsvereinigung ehema- liger Kriegsgefangener und der Bund deutscher Frauen zur Befreiung der Gefangenen richteten an den Präsidenten des internationalen Rotes

Kreuzes in Genf die bringende Bitte, darauf hinzuwirken, daß die kommenden Reichsnach- den noch in Frankreich befindlichen deutschen Kriegsgefangenen endlich die Befreiung bring- en mögen.

Um den deutschen Einheitsstaat.

Berlin, 18. Dez. ag. (Wolff.) In der heuti- gen Sitzung der preussischen Landesparlaman- tung wurde die Debatte über den Antrag der Mehrheitsparteien betreffend Errichtung des deutschen Einheitsstaates zu Ende geführt und der Antrag mit 210 gegen 22 Stimmen ange- nommen. In dem Antrag erucht die Landes- versammlung die Staatsregierung, noch vor der Einberufung der endgültigen Verfassung die Reichsregierung zu veranlassen, mit den Regie- rungen aller deutschen Länder über die Errich- tung des deutschen Einheitsstaates in Verhand- lungen einzutreten.

Angriffe gegen Erzberger.

Berlin, 17. Dez. ag. (Wolff.) In der heuti- gen Sitzung der preussischen Landesparlaman- tung wurde die Debatte über den Antrag der Abgeordneten Friedberg ge- gen Erzberger, dessen Finanzwirtschaft er als ganz außerordentlich bedenklich bezeichnete. Es sei ein Widerstand, eine Steuer, wie das Reichs- notenpapier zumal in diesem Augenblick auszu- legen, was überall im Wirtschaftsleben der Man- gel an Betriebsmaterial so deutlich zutage tritt. Es zeuge dies von einem Mangel an wirt- schaftlichem Empfinden, wie ihn ein Mann in der verantwortlichen Stellung Erzbergers nicht auszuweisen dürfe. Zu dem Gutachten des Reichsfinanzministers, aus dem Erzberger seine Hoffnung auf ein Desinteressement der Entente gegenüber dem Reichsnotenpapier schöpft, stellt Friedberg unter großer Bewegung des Hauses die Frage, ob dieses Gutachten vom Reichs- finanzminister richtig wiedergegeben worden sei. Nachdem Friedberg auch noch wegen des Ergebnisses der Sprämienanleihe Angriffe gegen Erzberger gerichtet hatte, ergriff der preussische Ministerpräsident Hirsch das Wort, um festzustellen, daß nach seinen Grundbegrif- fen die Mitglieder des Reichsrates nichts erwie- ten von den von Friedberg mitgeteilten Tat- sachen.

Die Volksgewissen in Kiew.

Saag, 18. Dez. ag. (Wolff.) Wie der „New York Courant“ drahtlos aus Moskau er- fährt, haben die Volksgewissen nach heutigem Kampfe mit den Truppen Denikins Kiew ein- genommen. Die weißen Truppen seien auf der Flucht.

Vom Explosionsunglück in Wilhelmshaven.

Berlin, 17. Dez. ag. (Wolff.) Ueber die Explosionskatastrophe in Mariensiel wird der „A. Z. am Mittag“ berichtet, daß die gesamte Munitionsmenge des Depots in die Luft ent- flog. Es wurde ungeheurer Schaden ange- richtet. Bis her sind 20 Tote und etwa 60 Verwundete festgestellt. Der Eisenbahnverkehr zwischen Wilhelmshaven und der benachbarten Ortschaft Sande mußte eingestellt werden. Auch die Telegraphen- und Fernsprecheinrichtungen in der Umgebung wurden größtenteils zerstört. In Mariensiel selber ist kein Haus unbeschädigt. Die Brücke über den Ems-Jadekanal ist infolge der Beschädigungen nicht be- nutzungsfähig.

Unglücksfall bei Sprengversuchen.

Salzburg, 18. Dez. ag. (W. R. A.) Einer Mitteilung der Direktion der Gewerkschaft Rathausberg zufolge, ereignete sich bei Sprengversuchen mit flüssiger Luft in einem Stollen ein schwerer Unglücksfall. Ein durch die Explosion einer Sprengpatrone losge- sprongter Felsblock riß dem Sprengmeister Kopf und Hand vom Leibe und tötete einen zweiten Arbeiter. Die vierzig Stichtamme verletzte 11 Arbeiter mehr oder weniger schwer. Ingenieur Romanet erlitt so schwere Brand- wunden, daß an seinem Auskommen gezweifelt wird.

Vom geheimen Konfitorium.

Mailand, 17. Dez. ag. „Popolo d'Italia“ schreibt, daß alle Versuche zu vernehmen, was der Papst an der geistlichen Kardinals-Konferenz gesagt habe erfolglos geblieben sind, da dieser bei dem Papst den Kirchenhäuptern Zillschwei- ger auferlegt habe. Diese Maßnahme läßt ver- muten, daß an der Konferenz nicht nur Kirchen- geschäfte behandelt worden seien. In politischen Kreisen geht das Gerücht, der Heilige Stuhl habe Maßnahmen zur Bekämpfung des Bel- schismas bekannt gegeben.

Die Tribuna schreibt über die Konferenz.

Die Tribuna schreibt über die Konferenz, die sich nach dem „Offiziösen Romana“ mit all- gemeinen Kirchenfragen beschäftigten sollte, daß auch der Stand der Beziehungen der Kirche zu einigen Großmächten zur Sprache kam.

Verantwortliche Redaktion: Josef Rauchard.

Grosser Verkauf nützlicher Artikel

für Weihnachts- & Neujahrgeschenke

Hemden für Mädchen

in ausgezeichneter, gestreifter Baumwollflanelle, garniert mit weissen Festons, kleine Ärmel, Farbe nach Auswahl

Länge:	40	45	50	55	60	70	80	90	Centimeter
Preis:	1.65	1.90	2.25	2.60	2.95	3.55	4.25	4.85	das Hemd

Hosen für Mädchen

in ausgezeichneter, gestreifter Baumwollflanelle, sehr guter Schnitt, festoniert, zur Auswahl.

Länge:	35	40	45	50	55	60	Centimeter
Preis:	1.90	2.30	2.55	2.80	3.25	3.60	das Paar

Ueberraschende Gelegenheit

zum Kauf von weisser und ungebleichter Leinwand für Lingerieartikel

Ungebleichte Leinwand, gute Qualität, 78 cm	per Meter	1.05
Ungebleichte Leinwand, 1. Qualität, 75 cm	per Meter	1.35
Weisse Leinwand, für Hemden, 80 cm	per Meter	1.25
Weisse Leinwand, 1. Qualität, 80 cm	per Meter	1.55
Baumwollflanelle, gestreift, für Hemden	der Meter	1.48
Baumwollflanelle, gestreift, ausgezeichnete Qualität	der Meter	1.65
Flanelle, gestreift, Neuheit für Blusen	der Meter	4.80
Halbseiden-Stoff, gestreift, hochmodern, für Blusen	der Meter	5.75

Ausserordentliche Gelegenheit!

Ungefähr 1500 fertige Betttücher

gebleicht und ungebleicht, sehr schwere Qualität, von einer Armeelieferung übrig geblieben. Grösse: 170, 250 cm. Ungebleicht: Das Bettuch 8.95. Gebleicht: Das Bettuch 9.95.

Ein Stock Hemden für Damen

aus feiner, sehr schöner Leinwand, mit Achselschluß, Feston und Handstickerei, zur Auswahl, das Hemd **3.95**

Ein Stock Hemden für Damen

aus sehr schöner, feiner Leinwand, mit sehr breiter Stickerei und Feston, garniert, das Hemd **4.75**
Affortierte Hosen, abgerundete Form, geschlossen oder offen **4.50**

Soeben eingetroffen eine enorme Auswahl von Mänteln für Damen und junge Mädchen

Reklame-Mantel für Damen

aus schönem Tuch, marineblau und schwarz, Knopfgarnitur, moderner Kragen und Gürtel

Mantel für junge Mädchen

aus sehr schwerem, braunem Tuch. Der Mantel **49.75**
Einzigartige Gelegenheit!

Herrenhemden mit Fantasteinsatz, alle Nummern, ansehnliche Auswahl. **11.90** und **8.80**

Baumwollene Taschentücher **0.65** **0.38** **0.55** **0.28** **0.45**

Weisse, gesäumte Taschentücher **0.75** **0.45** **0.65** **0.28** **0.55**

Die Bestellungen per Post werden der Reihe ihres Eintreffens nach ausgeführt; wir bitten unsere auswärtswohnenden Kunden, sich während einiger Tage zu gedulden; das Möglichste wird getan werden, um sie zu befriedigen.

ZUR STADT PARIS Lausannegasse

2 und 4
FREIBURG

Anzeige

Die Verwaltungen, die Lieferanten, die Werkmeister, sowie die Karrer, welche Rechnungen an die städtische Baudirektion von Freiburg zu stellen haben, werden eingeladen, dieselben bis spätestens Samstag, den 3. Januar 1920, einzureichen.
Die städtische Baudirektion.

Pfarrei Gurmels

Die Pfarre Steuern pro 1919 sind ohne Unkosten bis 31. Dezember zu entrichten. Gelegenheit zur Zahlung ist täglich beim Unterzeichneten.
4137
W. Vlemm.

Buchhalter

empfiehlt sich zur Vereinnahmung und Nachtragung von Geschäftsbüchern.
Offerten unter Chiffre 665142 an Publicitas A. G. Freiburg. 4141

In verkaufen neu reparierte

Gärkerli-Maschine bei Jean Grühlhart, Gliblet 6, Freiburg. 4142

Gesucht

in eine Wirtschaft auf dem Lande, ein festes, zuverlässiges

Mädchen

welches einige Kenntnisse im Kochen hat. Eintritt an Weihnachten oder Neujahr. Schriftliche Offerten unter F8876P an Publicitas A. G., Freiburg. 4138

Gesucht

ein solider Bursche als Landarbeiter.

Mädchen

von 16-18 Jahren, zur Ausbildung in Haus und Feld. Lohn Fr. 30 per Monat. Gute Gelegenheit französisch zu lernen. Für Auskunft wende man sich an M. L. Jeger, 68-70 des Bois, Cury (St. Freiburg). 4132

Nussbaum und Ulme zu verkaufen

im Windla drei Stämme Nussbaum, 2.80 m² und in der Sägerei von Herold 7 Stämme Ulme, 4.50 m². Sich zu wenden an H. Wendt, Oberdörfen. 4136

Zu verkaufen

5 gute, schwere Zugpferde passend für schwere Arbeit. Fuhrhalterei Hef. Brühlhart, Lausannegasse 124, Freiburg.

Wolldecken Deckbetten & Kissen

grosses Lager bei

Fr. BOPP

Möbelhandlung Schützengasse 8, FREIBURG neben der Volksbank.

Abonnent
12 Monate 6
6 Monate 3
3 Monate 1.70
Kulanz: Fr. 1.70
Die "Freiburger Nachrichten"
Vertrauens- und
Kontaktsstelle für
das Publikum, und
einziges, gesetzlich
Schutzrecht habendes
Blatt, Freiburg, Schweiz.

Redaktions- und

Die Vorarbeiten

Gestern wurden wir nicht, die uns sehr überrascht. Der oberste, hat entschieden, die österreichischen Staatskräfte es nicht zu, das torialen Unversehrtheit. Nachdem diese Mitteilung eintraf, kam über die bezüglichen Schreiben dem österreichischen übergeben hat. Der Sinn der ersten Mitteilung ist also für den Augenblick. Wie ist das geschehen?
In der offiziellen wird gemeldet, daß die wesentliche Dr. Reum um ihn die von den Beschlüssen in Bezug Kenntnis zu bringen.

Aus diesen Worten, daß die Ältesten sind und nicht etwa österreichischen Kaufmann Schritte haben. Aus nebenher nimmt man, daß die ohne Vorarbeiten, auf die Entschlossenheit und sie zu diesem Wer aber hat diese gebracht, wenn nicht hat er dafür gesorgt, moralischen Wienerungen wurde. Der die Schweiz ist das Zerfall Österreichs.
In Paris macht nehmen Eindruck, in den Folgen. Wenn zerfällt, so kommen Teile an Deutschland muß Österreich erheben.
Von Frankreich ist zeichlich, angesichts der Führung der Führer der gungswahl werden. Konter mußte sich der dem Tiger in die suchte mit der Kunde wird, so fällt glaub. Sind es so Österreich, welche Lage der Revolution den Widerstand der Beschluß schon läng.

Was die Haltung jener anbelangt, so es eben auch die Gner sind, welche in Anschluß an Deutschland in Paris das Die Vorarbeiten ere. Enttäuschung nahm Vorarbeiten des Herrn Dr. Re Unterredung mit der sicherung geben frage in Paris nicht wird; es die Lausanneberg Vorberung des Einem Memorandum.
Die Landesregierung also zum zweiten Vorprechen des das er sein gegeben. Das unglückliche Mal erfahren, welche der Regierung von den.

Wenn die Entschiedenheit, so der Begehrlich wäre berger, durch diese reichlichen Kaufleuten Neuen aufzunehmen von ihrer eigener, nie zu bringen. Es dürfte nicht